

MITTEILUNGEN DES

REICHAUSSCHUSSES DER JÜDISCHEN JUGENDVERBÄNDE

GESCHÄFTSSTELLE: BERLIN N 24, ORANIENBURGER STR. 13-14 / FERNSPR.: NORDEN 7324
NACHDRUCK MIT QUELLENANGABE ERWUNSCHT UND GESTATTET / VERANTWÖRL. FÜR DIE SCHRIFTFÜHRUNG: DR. GEORG LUBINSKI, BERLIN

N U M M E R 6 B E R L I N , 15. D E Z E M B E R 1928

ZUR ARBEIT DES REICHAUSSCHUSSES

Der Weg und die Arbeitsmethoden des Reichsausschusses waren nicht schon bei seiner Gründung von Anfang an festgelegt. Wie alle Körperschaften, die ihr Arbeitsprogramm aus einer Zusammenfassung verschiedener Meinungen entwickeln müssen, hat der R.A. auf verschiedenen Gebieten zunächst tastende Versuche machen müssen, um die Grenzen seines Gebietes zu umschreiben und den ihm hiernach zukommenden Boden dem allgemeinen Ziele gemäß zu bearbeiten.

Es hat sich für unsere Arbeit als ein sehr großer Vorteil erwiesen, daß wir schon sehr früh eine bestimmte konkrete Aufgabe zu bewältigen hatten, nämlich die Einrichtung und Unterhaltung unseres Heimes in Seesen. Es ist schon oft hervorgehoben worden, in welchem starkem Maße das Heim in Seesen die an ihm interessierten Menschen, und zwar nicht nur diejenigen, die als Erholungssuchende dort hingingen, zusammengebunden hat.

Wir haben es für dieses Jahr unternommen, uns einen Überblick über die Belegung des Heimes zu verschaffen und sind dabei zu den nachstehenden Ergebnissen gekommen:

Das Heim war insgesamt von 210 Dauerbesuchern in Anspruch genommen. Von diesen waren 129 je 2 Wochen im Heim, der Rest 4 Wochen. Berlin stellte den größten Anteil der Heiminsassen, indem von hier 145 Besucher kamen, während von auswärts 65 Jugendliche bei uns waren. Etwa 25 Prozent der Heiminsassen wurden uns durch die Wohlfahrtsämter gemeldet, und zwar 28 vom Berliner Wohlfahrtsamt, 17 von auswärtigen Wohlfahrtsämtern.

Die einzelnen Bünde entsandten die folgende Anzahl von Besuchern:

Agudas Jisroel	10
Esra	5
Misrachi	25
J.J.W.B.	7
Kadimah	1
Kameraden	3
Verband der jüd. Jugendvereine Deutschlands ..	7
Deutsch-jüd. Jugendgemeinschaft	6
Ili	8
Bar-Kochba	6
Aus örtlichen Jugendbünden	27

insgesamt 105

Diese Aufstellung ergibt, daß genau 50 Prozent der Besucher in der Jugendbewegung organisiert sind. Die Zahl ist in Wirklichkeit aber größer, weil die auf die Zugehörigkeit zur Jugendbewegung bezügliche Frage unserer Kartothek nicht immer beantwortet ist. Es ist daher mit einer Vergrößerung des Anteils der organisierten Jugend um mindestens 15 Prozent zu rechnen.

Es ist vor einiger Zeit, bevor noch diese Zahlen endgültig feststanden, darüber Klage geführt worden, daß das Heim überhaupt nichtorganisierte Jugendliche aufnimmt. Man argumentierte etwa so: es sollen nur Organisierte aufgenommen werden, wer sich nicht organisiert, hat den Anschluß an das Judentum nicht gefunden. Der Reichsausschuß ist ein Zusammenschluß der organisierten Jugend, eine Förderung der nichtorganisierten ist nicht seine Aufgabe.

Wir können diesen Standpunkt nicht teilen. Wir haben zwar in der Praxis den Organisierten vor den Nichtorganisierten immer den Vorzug gegeben, weil

auch wir der Meinung sind, daß das Heim in erster Linie und vor allem für die Bünde des R.A. offen sein muß. Wir hätten es aber für äußerst bedenklich gehalten, wenn etwa Plätze des Heimes leer stehen würden, während eine Reihe von erholungsbedürftigen nichtorganisierten Jugendlichen Aufnahme in unser Heim nachsuchte. Das entspräche keineswegs der Tendenz des R.A., soziale Arbeit zu leisten, und man würde sich dadurch auch des Weges begeben, gerade Unorganisierte durch den Aufenthalt in Seesen an dem Leben der organisierten Jugend zu interessieren.

Es ist weiter von derselben Seite bemängelt worden, daß als Verpflegungssatz nicht die vollen Selbstkosten, sondern ein geringerer Preis gefordert worden ist. Man verlangte demgegenüber, daß der volle Betrag der Selbstkosten unter Hinzurechnung eines Betrages für die Amortisation (Möbelabnutzung und -Neuanschaffung) berechnet werde. Auch dieser Forderung können wir, gerade vom Standpunkt des R.A. aus, eine Berechtigung nicht zuerkennen. Sicher ist, daß der R.A., von denjenigen Menschen, die in der Lage sind, den vollen Verpflegungspreis zu zahlen, diesen verlangen muß. Aber wir sind auf Grund genauer Einsicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Besucher zu der Ueberzeugung gelangt, daß für den bei weitem größten Teil das Heim seine Bedeutung verlieren würde, wenn die vollen Selbstkosten verlangt werden würden. Gleichgültig ob es sich um Jugendliche in der Berufsausbildung oder um Schüler handelt, der größte Teil von ihnen ist nicht in der Lage, etwa M. 3.— bis M. 3.50 außer den Fahrtkosten für den Erholungsaufenthalt aufzubringen. Man vergleiche doch nur einmal etwa die Lehrlingsgehälter mit den hier erforderlichen Summen. Es gelingt doch schon heute nicht mehr den Jugendbünden, die Jugendliche aus den Kreisen des „guten jüdischen Mittelstandes“ in ihren Reihen haben, die Kosten für eine längere große Fahrt ohne öffentliche Hilfe aufzubringen.

Im übrigen können wir darauf hinweisen, daß, auf Grund der von uns berechneten Selbstkosten, der geforderte Verpflegungspreis von M. 2.50 die Selbstkosten fast vollends gedeckt hat. Ungedeckt blieben nur die Einrichtungskosten des Heimes und die erheblichen Mietkosten für die Zeit, in der das Heim nicht belegt ist.

* * *

SOZIALE ARBEIT UND SOZIALISMUS

Im Zusammenhang mit Erörterungen über die Möglichkeiten praktischer Sozialarbeit der Jugendbewegung wird jetzt öfter der Einwand erhoben, daß die soziale Arbeit an sich nur Flickwerk und Stückwerk darstelle, daß sie keineswegs dazu diene, die Gesellschaft zu erneuern, sondern daß sie viel eher das abbauwürdige Gesellschaftsgebäude stütze. Die Jugendbewegung, der an Erneuerung der Gesellschaft gelegen sei, dürfe sich daher an sozialer Arbeit nicht beteiligen. Sie habe sich viel eher an den großen Lösungsversuchen vor allem durch den Klassenkampf zu beteiligen. Es ist hier nicht möglich, sich ausführlich mit diesen Einwänden auseinanderzusetzen. Vor allem können wir nicht die Meinungen des sozialistischen Schrifttums zu dieser Frage anführen. Wir wollen heute nur auf das folgende hinweisen. Der Kampf um eine neue Gesellschaftsordnung wird heute schon auf allen Gebieten des menschlichen Lebens geführt; er spielt sich ab innerhalb der Geistes-

wissenschaften in dem Ringen zwischen kapitalistischer und sozialistischer Weltanschauung. Er findet seinen Ausdruck auf dem großen Gebiet der Pädagogik. Er führt zu dramatischen Zusammenstößen innerhalb der Staatspolitik. Er ist das beherrschende Prinzip vor allem der Wirtschaftspolitik, in der die Menschen sich als Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder als Unternehmer und Lohnarbeiter gegenüberstehen. Er bricht sich aber heute schon Bahn innerhalb der Wohlfahrtspflege, in der der üblichen Wohlfahrtspflege eine Anschauung von sozialistischer Wohlfahrtspflege gegenüber gestellt wird. Aber noch ein weiteres ist zu beachten: die tiefste menschliche Quelle des Sozialismus ist immer der Wunsch, Ungerechtigkeit und Leiden aus der Welt zu schaffen. Deshalb stammen alle Bestrebungen, auch schon jetzt die Summe der Ungerechtigkeit und des Leidens in der Welt zu verringern, aus derselben Quelle, aus der der Sozialismus fließt. Daher dient denn auch die Wohlfahrtspflege — und besonders im sozialistischen Geiste geübte — der Verringerung menschlichen Leidens und insoweit auch demselben Ziele wie der Sozialismus. Das bedeutet aber, daß auch der sozialistische Mensch sich an der Wohlfahrtsarbeit beteiligen muß.

Georg Lubinski.

DIE ARBEIT DER LANDES- UND ORTSAUSSCHÜSSE

LANDESAUSSCHUSS BERLIN

Man kann ohne Uebertreibung von der Unzulänglichkeit der bisherigen Arbeit des Landesausschusses Berlin sprechen. Wenn auch das bisher Erreichte zur Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse der angeschlossenen Bünde (Fahrtgeld und Heimzuschüsse, Zuwendungen für die Veranstaltungen von Tagungen etc.) geführt hat, so muß man doch bedenken, daß alle diese „Erfolge“ auf eine Arbeit ad hoc zu buchen sind, die auf die Dauer nicht dazu angetan ist, die **Form unserer sozialen Jugendarbeit** zu sein. Wenn sich auch die Arbeitstätigkeit der Führer der verschiedenen Bünde in erster Linie in ihren eigenen Bünden erschöpft, so hat doch eine Stadt wie Berlin den Vorzug, darüber hinaus in den Bünden Kräfte zur Verfügung zu haben, die an einer lebendigen und wirksamen sozialen Arbeit teilnehmen können. **Die Aktivierung dieses Kreises und die Verbreitung der erlangten Erkenntnis in die verschiedensten Kreise der jüdischen Jugend soll jetzt Hauptaufgabe des Landesausschusses sein.** Voraussetzung hierfür ist aber, daß die Bünde, wenn auch nur wenige, so doch ihre besten Kräfte für diese Arbeit einsetzen.

Der erste Schritt auf diesem Weg ist die Schaffung eines sozialen Arbeitskreises, der alle sozial tätigen Mitglieder der Bünde umfassen soll. Lubinski hat in Nr. 3 der „Mitteilungen des Reichsausschusses“ in seinem Beitrag „Eine soziale Gilde der jüdischen Jugendbewegung“ eingehend die Grundlagen und Arbeitsmethodik solcher Kreise der jüdischen Jugendbewegung dargelegt. Wenn es vorerst hier einmal uns gelingt, eine **„allmähliche ideologische Fundierung“** für unsere jüdisch-soziale Arbeit zu schaffen, dann dürften sich auch bald die Auswirkungen auf die praktische Arbeit erstrecken. Wie notwendig dieser Arbeitskreis ist, zeigen ja gerade unsere Mitteilungsblätter, die eben immer auch Mitteilungen aus den Orts- und Landesausschüssen etc. bringen, die aber noch weit davon entfernt sind, **Richtschnur für unsere soziale Arbeit und Ausspracheorgan zu sein.** Das „gute Gewissen“ der jüdischen Wohlfahrtspflege, das wir sein sollen, setzt aber in erster Linie Kenntnis der Problematik der sozialen Arbeit voraus; ohne diese würden wir eben auf diesem Gebiete bürokratische Helfer sein, die die Wohlfahrtspflege schon zur Genüge besitzt.

Für die Entwicklung des Berliner Landesausschusses ist jetzt ferner symptomatisch, daß er sich auf einer im Januar zu veranstaltenden Führertagung über die **Berufsfragen der jüdischen Jugend** aussprechen

will. Auch auf diesem Gebiete fehlt bisher jeder Ansatzpunkt einer Mitarbeit der jüdischen Jugend. Die Fragen der Berufswahl und Berufsumschichtung sind bisher ausschließlich das Monopol der Berufsberatungsstellen; jeder Gruppenleiter sollte aber Hand in Hand mit den Eltern und der Berufsberatungsstelle an der richtigen Berufswahl seines Gruppenmitgliedes regsten Anteil nehmen können. Die Zusammenarbeit mit den in Frage kommenden Stellen ist hier unbedingte Voraussetzung (vgl. Nr. 5 der „Mitteilungen“).

Der Landesausschuß muß im März 1929 sein Jugendheim Dragonerstr. teilweise aufgeben. Ein großes und würdiges Jugendheim ist aber Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung des L.A. und der Zusammenarbeit der einzelnen angeschlossenen Bünde. Der Vorstand wird demnächst eine ausführliche Denkschrift an den Vorstand der Gemeinde Berlin einreichen.

Außerdem sind Bestrebungen im Gange, einen gemeinsamen **Turn- und Sportbetrieb** der Bünde zu schaffen.

Die Mitarbeit der Bünde bei den **Jugendpflegegruppen des Wohlfahrtsamtes und den Lesestuben** ist erfreulicher Weise im Fortschreiten begriffen. Die im Bund erlangte Erkenntnis zur Teilnahme am sozialen Geschick der Gesamtheit und die Arbeitsweise der Jugendbewegung sind Allgemeingut in der Führung der Jugendpflegegruppen geworden.

Die Winterarbeit erfährt durch die „**Schule der jüdischen Jugend**“, die ihre Arbeiten in begrenztem Umfange bereits aufgenommen hat, eine wirksame Unterstützung, zumal die meisten Bünde an den Kursen teilnehmen. Dieses Gebiet gehört allerdings nicht zur Arbeit des L.A., sondern wird vom Jugendpflegeausschuß der Gemeinde Berlin betrieben.

Martin Sobotker.

ORTSAUSSCHUSS BRESLAU

In Breslau hat sich eine soziale Arbeitsgruppe schon im Sommer d. Js. gebildet, die aus Sozialarbeitern, Helfern in Jugendgruppen und zwei Lehrerinnen besteht. Man hat sich dort auf Grund eines Reiseberichtes mit „Schulproblemen in Palästina“ beschäftigt. Der nächste Abend wird über „Erziehungsprobleme der Jugendbewegung“ handeln. An einem weiteren Abend soll von einer Praktikerin über „Heimerziehung“ gesprochen werden.

Der Ortsausschuß hat, um an solche Kreise der Jugend Anschluß zu gewinnen, die durch ihre politische Ueberzeugung dem Judentum verloren zu gehen drohen, einen Ausspracheabend über „Jüdische Versuche zur Lösung der sozialen Frage“ veranstaltet. Auf Grund eines Referates, das Kurt Löwenstein, Berlin, über diesen Gegenstand gehalten hat, ist der Boden für weitere Arbeit auf diesem Gebiet geschaffen worden.

LANDESAUSSCHUSS HAMBURG

Wir entnehmen einem Bericht über die Arbeit des Hamburger Landesausschusses der jüdischen Jugendverbände die folgenden Stellen:

Der Landesausschuß besteht zurzeit aus 15 jüdischen Jugendorganisationen und Bünden. Im Gegensatz zu anderen Städten sind ihm auch der Jüdische Turnverein Bar-Kochba, der Jüdische Turn- und Sportverein e. V., der Aelterenbund Kameraden, das Kartell jüdischer Verbindungen, der Ostjüdische Jugendverein, der Verein für Handwerksgehilfen und eine Lehrlingsgruppe organisiert. Der Vorstand des Landesausschusses setzt sich zusammen aus 2 Vertretern der zionistischen Organisationen und Bünde, je einem Mitglied der auf dem Boden der deutsch-jüdischen und der liberalen Jugendbewegung stehenden Vereinigungen, einem Agudisten, einem Esräer und einem Vertreter der Jugendpflege.

Bei den Neuwahlen für das Jugendamt der Deutsch-israelitischen Gemeinde, Hamburg, im Juni d. Js. waren vom L.A. 6 Wahlvorschläge eingereicht worden, von denen damals 5 Vertreter gewählt wurden.

Bei der Verteilung der Räume in dem von der Gemeinde gekauften Haus in der Johnsallee war ein Vertreter des L.A. hinzugezogen worden. Es werden für den L.A. die Zimmer im 2. Stock und 2 ausgebaute Bodenräume zur Verfügung gestellt. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß auch der Lesesaal und der Vortragsaal in der 1. Etage so eingerichtet werden, daß sie für die Zwecke des L.A. mit benutzt werden können.

Die Einweihung dieses im wesentlichen auf die Initiative des L.A. gegründeten Jugend- und Gemeindehauses wird Ende Dezember erfolgen.

Leider ist es dem Vorstand noch nicht gelungen, ein Landheim für die Jugend in der Nähe von Hamburg zu schaffen. Ein ziemlich günstiges Projekt konnte nicht verwirklicht werden, da eine Einigung mit dem Verkäufer nicht zu erzielen war. Es wird jedoch versucht werden, während des Winters ein Heim zu schaffen.

Fahrtzuschüsse für wandernde Vereine konnten bisher nicht gewährt werden. Auf Grund des hierzu eingeforderten Materials werden entsprechende Gesuche an die Gemeinde gerichtet.

Zur Schulung und Interessierung der jüdischen Jugend an der sozialen Arbeit, ist ein Kursus eingerichtet worden mit folgenden Referenten und Themen:

1. Abend: Dr. Curt Bondy (Hamburg): Soziale Arbeit und jüdische Jugend
2. Abend: Dr. Friedrich Ollendorff (Berlin): Erneuerungsbestrebungen in der jüdischen Wohlfahrtspflege
3. Abend: Dr. Georg Lubinski (Berlin): Jugendpflegearbeit
4. Abend: Frau Dr. R. Zadik (Hamburg): Berufsfragen der jüdischen Jugend.

Endlich besteht berechtigte Aussicht, den Bündlen durch die Gemeinde Zuschüsse für ihre Heime zu verschaffen.

SOZIALE ARBEITSGEMEINSCHAFT DER JÜDISCHEN JUGEND KÖLNS

Aus einem Bericht über die Arbeit in Köln entnehmen wir folgende Stellen:

Die im letzten Winter eingerichtete „Soziale Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Jugend Kölns“ wird auch in diesem Winter fortgesetzt. Herr Rabbiner Dr. Eschelbacher, Düsseldorf, wird vor den gesamten Jugendverbänden einen Vortrag über die Notwendigkeit der sozialen Arbeit in der Jugend, halten. Die Arbeitsgemeinschaft selbst wird sich in zwei Gruppen aufteilen: 1. in eine **Hilfsgemeinschaft**, die sich aus den jüngeren Teilnehmern zusammensetzt und sich dem Wohlfahrtsamt und dem Jugendamt der Synagogengemeinde Köln zur Verfügung stellen werden, um armen alten Leuten, vielbeschäftigten Müttern usw. Hilfsdienste zu leisten. 2. wird sich eine **andere Gruppe** mit **Problemen der Jugendfürsorge**, dem R.I.W.G. und dem Jugendgerichtsgesetz befassen. Im Anschluß daran sollen einzelne praktische Fälle besprochen und über die sich hieraus ergebenden Fragen Referate abgehalten werden.

Es wurden ferner **Führeraussprachen** festgesetzt, in denen die Vertreter der einzelnen Jugendorganisationen über die Ziele ihrer Organisationen und über ihre **Erziehungsmittel** sprechen werden. Diese Aussprachen haben zum Ziele, daß die verschiedenen Organisationen sich kennen lernen, um die gemeinsame Arbeit auf eine fruchtbare Basis zu stellen. Es hat schon eine Aussprache stattgefunden, bei denen Vertreter des jüdischen Jugendvereins Gabriel Riesser und des deutsch-jüdischen Jugendbundes Kameraden referierten. Der Abend hat mancherlei Anregungen gebracht, wir hoffen, daß die künftigen Aussprachen eine weitere Annäherung der Bünde herbeiführen werden.

Unsere Bemühungen zur Erlangung eines Jugendheims haben zu dem Ergebnis geführt, daß eine Kommission des Jugendamtes beauftragt wurde, ein geeignetes Haus zum Mieten zu suchen.

JUGENDRING LEIPZIG

Der Jüdische Jugendring Leipzig zeigt von Anfang an eine sehr erfreuliche Entwicklung. Er ist in dem Augenblick entstanden, als die Ausstellung „Das junge Deutschland“ nach Leipzig übersiedelte. Er ist derjenige unter den Ortsausschüssen des Reichsausschusses, der am stärksten den Charakter der Jugendbewegung aufweist.

Am Sonnabend, den 20. abends, und Sonntag, den 21. Oktober fanden Veranstaltungen des Jugendringes statt, die insbesondere der Konkretisierung der sozialen Arbeit gewidmet waren. Wir berichten nachstehend über den Verlauf dieser Veranstaltungen.

Am Sonnabend Abend war im Jüdischen Jugendheim eine Zusammenkunft des Ortsausschusses Leipzig der jüdischen Jugendverbände mit den Vertretern der Gemeinde, der Wohlfahrtspflege und der Parteien. Es waren erschienen einige Mitglieder der Repräsentantenversammlung, die Rabbiner Carlebach und Cohn, eine Anzahl Jugendlicher, insgesamt etwa 60 Personen.

Zunächst spielte das Fahrtenorchester der Kameraden, dann sprach Hans Oesterreicher (Kameraden), der Vorsitzende des Ortsausschusses über die bisherige Arbeit. Lubinski sprach dann kurz über praktische Möglichkeiten sozialer Arbeit der Jugend und Verpflichtung der Gemeinde, der Jugend zu helfen.

Danach ergriff Rabbiner Dr. Carlebach das Wort, versicherte den Jugendring von neuem seiner Sympathie und bedauerte, daß der Esra im Rahmen des Jugendringes nicht aktiv mitarbeitete. Ihm schloß sich ein Vertreter der Repräsentantenversammlung an, der seiner Freude insbesondere über die musikalischen Darbietungen Ausdruck gab. Zwei vom Chor des Jungjüdischen Wanderbundes vorgetragene hebräische Lieder beschlossen die Veranstaltung.

Am nächsten Morgen bereits um 6.05 erfolgte die Abfahrt nach Groß-Steinberg, wo sich im Naturfreundehaus etwa 40—45 Führer und Führerinnen der folgenden Bünde vereinigten: D.J.J.G., Esra, J.J.W.B., Kameraden und Misrachi. Von auswärtigen Bündlen waren vertreten der J.J.W.B. Zwickau, Halle und Hannover.

Nach einer Reihe von Liedern sprach Lubinski über Wohlfahrtspflege. Dabei ging er zunächst von der Rolle der Wohlfahrtspflege in der Gesellschaft aus. Diese Frage wurde heftig diskutiert. Dann gab er in gedrängter Form eine Übersicht über die gesamte Wohlfahrtspflege, wobei möglichst die gesellschaftlichen Hintergründe der sozialen Arbeit aufgeheilt werden sollten. Am Schluß des Referats ging Lubinski auf die praktischen Arbeitsmöglichkeiten der Jugendbewegung ein, die allgemein gutgeheißen wurden.

Am Nachmittag sprach Herr Dr. Mayer über die gemeinsamen Erziehungsmittel der Jugendbünde. Er ging dabei von einer Darstellung der jüdischen Gesellschaft in Deutschland aus.

Die ganze Zusammenkunft zeichnete sich durch einen äußerst frischen Ton und durch eine wirkliche Nähe zwischen den einzelnen Gruppen aus.

Inzwischen ist die Sozialarbeit voll in Gang gekommen: 10 Kinder erhalten Nachhilfeunterricht, 7 Jugendliche arbeiten im Kinderhort, 2 in einem Kinderheim. 10 Jugendliche bilden eine Bereitschaftstruppe für das Wohlfahrtsamt, Chor und Orchester spielten bereits bei zwei Kinderveranstaltungen und sind auch weiterhin „engagiert“. Eine Vortragsreihe ist in Aussicht genommen, in deren Verlauf Sportarzt Dr. Rosenbaum über Sportfragen und Prof. Alt von der Leipziger Universität sprechen werden. Für den Januar ist eine Feier des einjährigen Bestehens des Jugendringes geplant.

TAGUNGEN

BERICHT ÜBER DIE TAGUNG DER SOZIALEN GILDE IN LUDWIGSLUST AM 22. UND 23. SEPTEMBER 1928

Die Tagung war von etwa 35 Personen beiderlei Geschlechts besucht, von denen die Hälfte aus Berlin und Hamburg kamen, die übrigen verteilten sich auf die

mecklenburgischen Städte. Es waren fast ausschließlich soziale Berufsarbeiter. Die Zusammenkunft wurde als ein Weekend bezeichnet, womit zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß sie nicht so stark einer eigentlichen Schulung und Diskussion als vielmehr einer Annäherung der Mitglieder dienen sollte.

Die Aussprache des Abends erörterte im wesentlichen die Frage, ob für die Zugehörigkeit zur Gilde weitere Voraussetzungen als Herkunft aus der Jugendbewegung und Interesse für soziale Arbeit gefordert werden sollen, ob insbesondere etwa für jedes neu aufzunehmende Mitglied eine Bürgschaft eines bisherigen Mitglieds der Gilde verlangt werden soll. Diese Frage wurde mit Rücksicht auf den gewollt lockeren Charakter der Gilde verneint.

Weiterhin wurde erörtert, ob der Gilden-Rundbrief regelmäßig erscheinen soll. Hier stellte man sich auf den Standpunkt, daß ein Vierteljahres-Erscheinen genügen würde.

Am folgenden Tage wurde die Frage des Eindringens der Gilde in die Jugendbewegung besprochen. Es wurde auf das bisherige Mißlingen dieser Versuche hingewiesen, was im wesentlichen auf den veränderten Charakter der deutschen Jugendbewegung zurückgeführt wurde, die im Gegensatz zur früheren Generation der Jugendbewegung nicht mehr so unter einem starken Druck stände und daher sozialen Fragen ein viel geringeres Verständnis entgegenbringe.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Frage der Verbindung mit der Arbeiterwohlfahrt gewidmet. Hier wurde festgestellt, daß so erwünscht ein sehr enges Zusammengehen mit der Arbeiterwohlfahrt auch wäre, dies wahrscheinlich von seiten der Arbeiterwohlfahrt nicht immer gewollt wäre. Bei allen praktischen Anlässen sollte aber die Verbindung erstrebt werden.

Dagegen wurde das Eindringen in die Turn- und Sportbewegung für erforderlich und auch nicht unmöglich angesehen.

Die Gilde zählt heute einen Kreis von etwa 6—700 Mitgliedern. Die Verbindung mit ihr ist von seiten des Reichsausschusses voll aufrecht zu erhalten.

SOZIALE WOCHE IN SEESEN

Zum ersten Male sollen sich in der Woche vom 25. bis 31. Dezember d. Js. Sozialarbeiter aus dem Kreise der Jugendbewegung, und zwar sowohl beruflich als auch ehrenamtlich tätige und an sozialer Arbeit interessierte Menschen in Seesen vereinigen.

Für die Tagung ist folgendes Programm festgesetzt:

1. Erneuerungsbestrebungen und Möglichkeiten im jüdischen Heimwesen.
2. Erneuerungsbestrebungen und Möglichkeiten in Hort und Kindergarten.
3. Ansatzpunkte ehrenamtlicher Jugendarbeit in Wohlfahrtskommissionen.
4. Gesichtspunkte für eine jüdische Jugendpflegearbeit der Jugendbewegung.
5. Tatsachen aus dem jüdischen Jugendleben der Großstadt.

Aussprachen

1. Die Arbeit des Reichsausschusses.
2. Sammlung von Material über die Berufsaussichten, Ausbildung und Besoldung insbesondere der jüngeren Sozialarbeiter.

Als Referenten sind im wesentlichen Menschen aus der Jugendbewegung oder der uns nahestehenden Arbeit in Aussicht genommen und zwar: Dr. Hanna Eisfelder, Berlin; Hilde Hochwald, Berlin; Annie Meyerheim, Berlin; Dr. Emmy Strauß, München; Dr. Merzbach, Frankfurt; Martin Sobotker, Berlin; Studienrat Levy Wolff, Köln; Edith Cohn, Berlin und Dr. Georg Lubinski, Berlin. Für die Aussprache über Berufsfragen der Sozialarbeiter sind vorgemerkt: Lucie Zobel, Berlin; Dr. Ollendorff, Berlin.

Die Tagung ist bereits durch ein Rundschreiben vorbereitet worden, auf das eine Reihe von Anmeldungen eingegangen sind. Da die Teilnehmerzahl be-

schränkt ist, sind wir nur noch in der Lage, eine begrenzte Anzahl von Anmeldungen entgegenzunehmen, die umgehend an die Geschäftsstelle des Reichsausschusses zu richten sind.

Die Kosten der Unterbringung und Verpflegung für die Zeit vom 25. bis 31. betragen M. 20.—.

MITTEILUNGEN

BELEGUNG VON SEESEN IM WINTER

Es besteht die Absicht, das Heim schon Anfang Januar zu belegen. Der tägliche Verpflegungspreis beträgt M. 3.— einschließlich Kosten der Heizung. Anmeldungen von Jugendlichen beiderlei Geschlechts besonders auch durch Wohlfahrtsstellen usw. werden umgehend an die Geschäftsstelle des Reichsausschusses erbeten.

BERATUNGSSTELLE DES JÜDISCHEN FRAUBUNDES BERLIN

Die Sprechstunde in der Beratungsstelle für Frauen und Jugendliche in Ehe- und Erziehungsschwierigkeiten findet Mittwoch von 10-11 Uhr, Münchener Str. 37, statt.

Verband Berlin des Jüdischen Frauenbundes e. V.

BUCH- UND ZEITSCHRIFTENEINGANGE

Tätigkeitsbericht für die Geschäftsjahre 1926/27 des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände (Besprechung bleibt vorbehalten).

Der Mutter Traum, Chanukkahmärcchen in einem Aufzuge von Dr. Siegfried Kessler, Verlag B. Heller, München.

Zeitschrift „Das Zelt“, Verlag B. Heller München.

Soziale Gilde „Rundbriefe“.

Hechawer, Heft 6/7, herausgegeben im Auftrage der Bundesleitung des Jung-jüdischen Wanderbundes.

HEITERES

Die „Deutsche Zeitung“ vom 14. September 1928 erfreut ihre Leser durch folgenden Beitrag:

Der Wandertrieb der Kinder Israels

Volkswohlfahrtspflege durch Fahrterleichterungen

„Der Minister für Volkswohlfahrt hat ein dringendes Bedürfnis anerkannt. Im Einvernehmen mit dem Reichsverkehrsministerium und der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat er den folgenden im sogenannten Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände zusammengeschlossenen Verbänden die Berechtigung zur Inanspruchnahme der Fahrpreismäßigung gewährt: Jungjüdischer Wanderbund, Arbeitsgemeinschaft der jüdisch-liberalen Jugendvereine (Ili) Deutschlands, Deutschjüdische Jugendgemeinschaft, Misrachi Jugendgruppen Zeive-Misrachi, Jugendgemeinschaft Esra, Jugendorganisation Agudas Jisroel, Bund jüdischer Pfadfinder Kadimah, Deutscher Landesverband Hechaluz.“

Der gewöhnliche Sterbliche in Deutschland wird erstaunt sein über die Fülle von Bünden in Deutschland, die ein so beredtes Zeugnis von dem alten Wandertrieb der Kinder Israels ablegen. Etwas merkwürdig wirkt allerdings der ständige Zusatz „deutsch“ bei den Misrachis, Zeive, Esras, Agudas, Jisroels, Kadimahs und Hechaluzens. Die wohlwollenden Fahrterleichterungen zugunsten der israelitischen Volkswohlfahrt werden wahrscheinlich für die deutsche Öffentlichkeit die Folge haben, daß der Hexensabbat des Kurfürstendamms sich nunmehr mit doppeltem Eifer auch in deutschen Wäldern und Bergen austoben wird. Man erinnert sich unwillkürlich mit einer gewissen Wehmut der — offenbar erfolglosen — Menschenfreunde, die eine Zeit lang am Potsdamer Platz gratis und franko Freifahrkarten nach Palästina, allerdings ohne Rückfahrt, verteilten.“

Die nicht namentlich gezeichneten Veröffentlichungen stellen Meinungsäußerungen des „Reichsausschusses“, die namentlich gezeichneten Aufsätze stellen lediglich Meinungsäußerungen ihrer Verfasser dar.